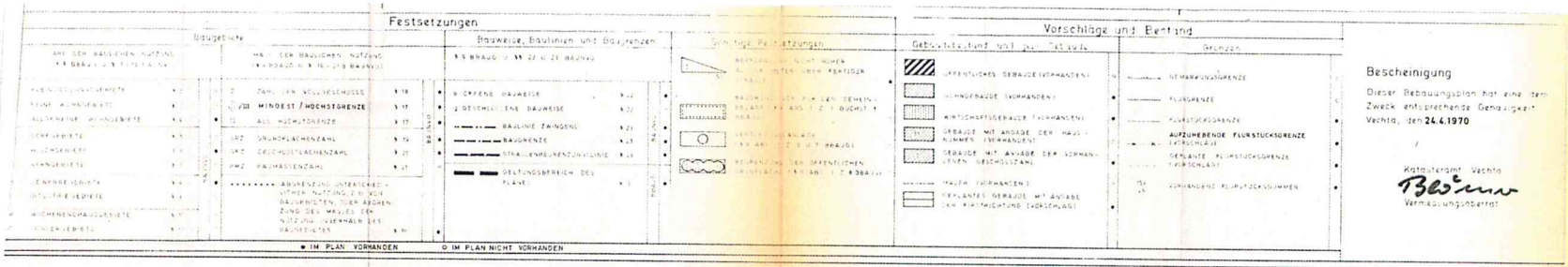

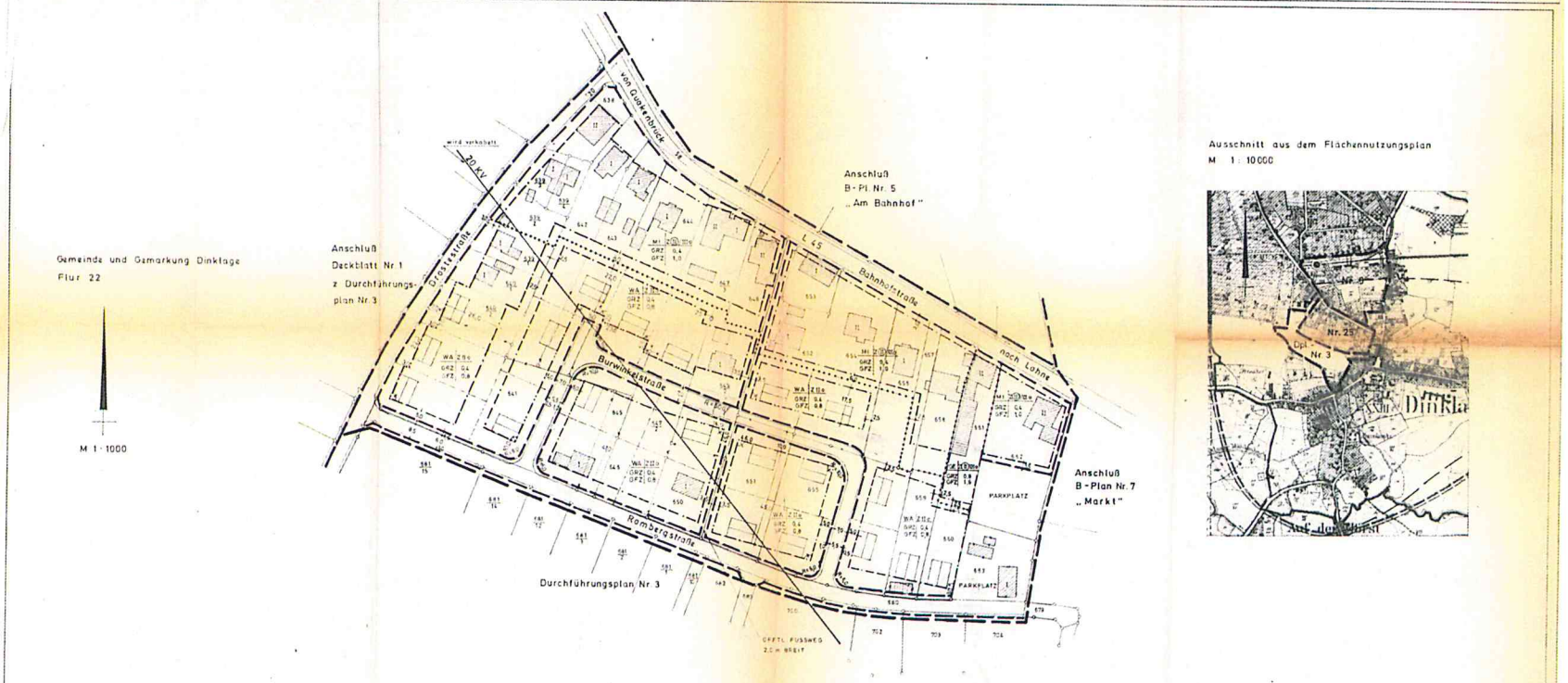

Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan
M 1 : 10000

Satzung

betreffend den Bebauungsplan Nr. 25, "Bahnhof, Droste-und Rombergstraße" der Gemeinde Dinklage

Auf Grund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 29. Sept. 1967 (Nds. GVBl. S. 383), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1970 (Nds. GVBl. S. 237) in Verbindung mit den §§ 2 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. S. 341) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) in der Fassung vom 26. Nov. 1968 (BGBl. S. 1237) hat der Rat der Gemeinde Dinklage in der Sitzung am 27. Mai 1971 folgende Satzung gemäß § 2 BBauG beschlossen:

§ 1

Bestandteil

Bestandteil dieser Satzung ist die Planzeichnung vom 1. April 1970

§ 2

Geltungsbereich sowie Art und Maß der baulichen Nutzung

Die Grenzen des Geltungsbereiches sowie Art und Maß der baulichen Nutzung sind in der Handzeichnung verbindlich verzeichnet. Anlagen nach § 4 Abs. 3 Ziff. 2, 3 u. 4 der Baunutzungsverordnung sind allgemein zulässig, sofern die Eigenart des Baugebietes im allgemeinen gewahrt bleibt.

§ 3

Verwendung der Grundstücke

Die gesamten Flächen innerhalb des Geltungsbereiches dieser Satzung mit Ausnahme der Verkehrsflächen und Parkplätze sind Bauland.

§ 4

Bauweise

Im Geltungsbereich dieser Satzung gilt die offene Bauweise. Hinsichtlich des Mindestabstandes der baulichen Anlagen von den Nachbargrenzen sind die landesrechtlichen Vorschriften bindend.

§ 5

Bauflächen für Nebengebäude und Garagen

Nebengebäude sowie Garagen dürfen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen errichtet werden.

§ 6

Elt- und Fernsprechleitungen

Eltleitungen sind möglichst zu verkabeln. Fernmeldeleitungen können nach § 1 des Telegraphenwegegesetzes vom 18. 12. 1899 (BGBl. S. 705) als Freileitungen errichtet werden, doch sollen auch diese Leitungen nach Möglichkeit unterirdisch geführt werd

§ 7

Ausnahmen

Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung, die der Versorgung der Baugebiete mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie zur Ableitung von Abwasser dienen, werden als Ausnahmen, auch soweit für sie keine besonderen Flächen festgesetzt sind, zugelassen.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung nach § 12 BBauG in Kraft.

Dinklage, den 27. Mai 1971

Bürgermeister — Gemeindedirektor i.V.

GENEHMIGT
NACH § 11 DES BUNDESBAUGESETZES V. 23. JUNI 1960 (BGBl. I, S. 341) GEMÄSS VERFÜGUNG VOM 17. Juni 1971 DES PRÄSIDENTEN DES NIEDERS. VERW. BEZIRKS OLDENBURG Oldenburg den 17. Juni 1971 Im Auftrag

Aufgestellt
gemäß § 2 Abs. 1 BBauG vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341)
Dinklage, den 1. April 1970
Gemeindedirektor i.V.

Ausgearbeitet
gemäß § 2 Abs. 3 BBauG vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341)
Vechta, den 1.4.1970
Landkreis Vechta
Bauamt - Planung

Öffentliche Auslegung
in der Zeit vom 11.1.1971 bis 12.2.1971 gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) nach vorheriger Bekanntmachung vom 12. Dezember 1971 durch Aushang und Anzeige in der Oldenburgischen Volkszeitung
Dinklage, den 27. Mai 1971
Gemeindedirektor i.V.

Beschlossen
gemäß §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 29. September 1967 (Nds. GVBl. S. 383) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1970 (Nds. GVBl. S 237) in Verbindung mit den §§ 2 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23 Juni 1960 (BGBl. I S. 341 und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) in der Fassung vom 26. November 1968 (BGBl. I S. 1238) durch den Rat der Gemeinde Dinklage am 27. Mai 1971
Bürgermeister — Gemeindedirektor i.V.

Bekanntgemacht
gemäß § 12 BBauG vom 23 Juni 1960 (BGBl I S. 341) am
durch
Dinklage, den
Gemeindedirektor

BEBAUUNGSPLAN NR. 25
„Bahnhof-, Droste- und Rombergstraße"

DER GEMEINDE DINKLAGE